

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL } XVIII. SEPTEMBRIE - OCTOMBRIE NUMĂRUL } 9-10
ANNÉE } SEPTEMBRE - OCTOBRE NUMÉRO }
JAHRGANG } SEPTEMBER - OKTOBER NUMMER }

DECRETE REGALE MIHAI I.

*Prin grația lui Dumnezeu și voința națională,
Rege al României,*

La toți de față și viitori, sănătate :

Am decretat și decretăm :

- 1. Statul Român devine Stat Național Legionar.*
- 2. Mișcarea Legionară este singura mișcare recunoscută în noul Stat având ca zel ridicarea morală și materială a poporului Român și desvoltarea puterilor lui creatoare.*
- 3. D-l General Ion Antonescu este conducătorul Statului Legionar și Șeful Regimentului Legionar.*
- 4. D-l Horia Sima este Conducătorul Mișcării Legionare.*
- 5. Cu începere dela data acestui înalt decret, orice luptă între frați încetează.*

Dat la București, la 14 Septembrie 1940.

MIHAI.

*Conducătorul Statului Român
și
Președintele Consiliului de Miniștri
General ION ANTONESCU.*

Nr. 3.151.

Junger Kopf und starke Hand.

Inmitten der, auf die Nationen hereinbrechenden Schicksalsschläge — so lehrt uns die Weltgeschichte — haben die neuen Regierungssysteme fortan und überall die Urheber der Schläge gesucht, die ihrer Auffassung gemäss Versäumnisse oder sonstige Vergehen belasteten, worauf diese vor den Richterstuhl der Nation gewiesen wurden.

Bei Regierungssystemen ohne tatsächliche Volksvertretung obliegt jegliche Verantwortung naturgemäss dem höchsten Faktor der Staatsgewalt: dem Staatsoberhaupt und dessen unmittelbaren Ratgebern, weshalb auch sie es sind, die zur Verantwortung gezogen werden.

Dies war neuerlich in Rumänien der Fall.

Es gereicht uns zur Beruhigung und mag in aller Welt guten Eindruck hervorgerufen haben, dass die Schritte zu dieser Abrechnung zu keinen blutigen Ausschreitungen führten und dennoch eine ganz neue Lage schufen, einen geraden, klaren Weg, auf dem ein junger König und ein allbekannt starker und entschlossener hervorragender Soldat die Nation einer glücklicheren Zukunft entgegenführen wollen.

Auf uns, die wir die Absichten der Staatsmacht am wenigsten kennen, übten deren zwei erste Verfügungen tiefen Eindruck aus. Erstens offenbarte der Vollstrecker der Staatsgewalt den Völkern des Landes unverhohlen die Lage, bekannte mit aufrichtigem Sinn den Bruch seines eigenen Schwures, wozu ihn das Staatsinteresse gezwungen hatte; zweitens gab er dem jungen König, der den Tron in so verhängnisvollen Zeiten betrat, seine verehrte Mutter zurück und mit ihr seine stärkste moralische Stütze.

Es ist nicht anzunehmen, dass es unter den politischen Kämpfern oder jenen mit Waffen jemand gäbe, auf den diese männliche Offenheit und dies menschlich-familiäre Gefühl nicht tiefen Eindruck ausübte.

Wenn das gesamte Regierungssystem von solcher Offenheit und so sittlichem, humanen Sinn durchdrungen sein wird, dann können die Völker Rumäniens zuversichtlich hoffen, dass ihnen eine schönere, glücklichere Zukunft bevorsteht.

Wieder in Wien.

Von : **Dr. Elemér Jakabffy.**

In Wien residierte Jahrhunderte lang die Verkörperung einer Macht, die sich das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ nannte, als Rechtstitel dieser Macht aber galt die Gnade Gottes.

Dieses Reich war weder deutsch geartet noch römisch, weder war es ein Reich und am allerwenigsten – heilig. Der Rechtstitel zu seiner Macht kam auch nicht von Gottes Gnaden – in dem Sinne, wie ihn deren Träger glauben machen wollten –, sondern eine patrimonielle Lebensauffassung und um Wallensteins angebliche Worte zu gebrauchen: „In meinem Lager liegt Österreich!“

Dieses Lager, welches Deutsche, Italiener, Spanier, Franzosen, Ungarn, Tschechen, Slawen, Rumänen und noch eine Menge Volkssöhne vereinte, dies war die wirkliche Grundlage der Macht des Kaisertums und berufen war es, unter den kleineren Mächten zu vermitteln, zu begütigen, zu hemmen und zu ordnen.

Und weil dies seine Berufung war, geriet es mit sich selbst in Zwiespalt als es neben die Kaiserkrone noch einige königliche reihte. Die Königskronen bedeuteten unter einander gegensätzliche nationale Auffassungen und Interessen, wodurch zum Beispiel wenn der, in einer Person Kaiser, ungarischer und böhmischer König seinen kaiserlichen Beruf versah, entweder gegen den, durch das ungarische, oder das böhmische Königtum vertretenen Gedanken verstieß, was stufenweise, aber unaufhaltsam zum Untergang seines Ansehens führte.

Die Kriegsscharen Napoleons zerstreuten das Lager Wallensteins und der Hochmut des französischen Diktators liess auch den Titel des heiligen römischen Reiches deutscher Nation niederlegen. Als an dessen Stelle das österreichische Kaisertum in Wien erhoben wurde, keimte schon jener Gedanke, den man im heutigen Sinne den nationalen nennt. Damit war dem österreichischen Kaisertum eine neue Aufgabe erwachsen: es musste unter den, zu nationalem Bewusstsein erwachten Völkern des Donautales vermitteln, ausgleichen, hemmen und ordnen.

Leider konnte die neue kaiserliche Macht mit dem Sitz in Wien diese Aufgabe nicht erfüllen. Um sich noch einige Zeit

behaupten zu können, wiegelte sie, statt zu vermitteln und zu hemmen die, von der Nationalidee erhitzten Völker zum Wett-eifer, ja Bruderhass auf.

Dieser selbst geschürte Wetteifer und Hass brachte das zweite, das österreichische Kaiserreich zu Fall.

Die jetzt nun neu erwachte Macht in Wien aber ist wahrlich deutsch von Art, wahrhaftig Reich und bezeugt Kraft. Als in Rom ein ebensolcher Machtfaktor entstand und diese beiden sich vereinten, ergab sich für die neue deutsch-römische Macht die selbe Rolle, wie für die vorherigen zwei untergegangenen Kaiserreiche: vermitteln, begütigen, hemmen und ordnen unter den kleineren Machtträgern, unter den zu vollem Nationalbewusstsein erwachten Völkern.

Wie die vereinten römisch und deutschen Reiche diese Rolle erfüllen werden, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Der ungarische Ministerpräsident über die Nationalitätenpolitik Ungarns.

Der Liberalismus, der gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts auch in Ungarn auf die Geister einen massgebenden Einfluss ausübte, hat übergangsweise den ungarischen Charakter verfälscht. Betäubt von einzelnen äusserlichen Errungenschaften und Eroberungen liess man sich von einem oberflächlichen und unbegründeten Optimismus hinreissen, der den Geist mit dem Stoff und das Ziel mit den Mitteln verwechselte. Demzufolge entstanden zwischen der staaterhaltenden Nation und den Nationalitäten Spannungen, die sich nach dem Weltkriege für Ungarn und für das Ungartum unliebsam auswirkten. In den Leiden der blutigen Herrschaft Béla Kuns und der Nachkriegszeiten geläutert, fand der ungarische Genius wieder zu seinem besseren Ich zurück. Seit 20 Jahren verkünden alle massgebenden Politiker Ungarns die Politik des Staatsgründers Ungarns, Stephans des Heiligen, deren kurzer Inhalt ist: *Sum cuique, jedem das Seine.*

Diesen Geist verkündeten aber auch alle ungarischen Redner aus Anlass des Einzugs der ungarischen Truppen nach Siebenbürgen. Alle Redner haben, dem gesunden Urinstinkt des

ungarischen Charakters folgend, verkündet, dass sie durch die Liebe den Beweis der staatspolitischen Befähigung erringen wollen.

Insbesondere Ministerpräsident Graf Paul Teleki hat diesen Geist mit stets schärfer gewordener Betonung verkündet. Schon im Karpatenland hat er über die Minderheitenfrage Wendungen gebraucht, die in der ungarischen Politik bis dahin unbekannt waren. Im Gegensatz zu seinem Vorgängern liess er den Worten aber auch die Taten folgen. Die Rückkehr Siebenbürgens hat seiner Auffassung in der Minderheitenfrage eine neue Farbe und einen neuen Ton verliehen. Das Problem ist mit der Rückkehr Siebenbürgens noch aktueller und der Ton des Ministerpräsidenten noch entschiedener geworden. Dies geht u. a. aus allen seinen Äusserungen hervor, die er im Zusammenhang mit Siebenbürgen zur Aufklärung der Öffentlichkeit tut. Insbesondere scharf und eindeutig hat er seine Auffassung in einem Aufsatz formuliert.

In diesem Aufsatz schreibt der Ministerpräsident u. a.:

Durch die Rückkehr eines Teiles von Siebenbürgen ist unsere jahrhundertalte Berufung im Donaubecken wieder um einen neuen Ruck vollgültiger geworden. In bezug auf die Leitung des mehrsprachigen Landes sind unsere Aufgaben nur mehr unmittelbarer und grösser. Vom ungarischen Gesichtspunkt aus nennen wir das St. Stephans-Aufgabe, modern international heisst es: Nationalitätenfrage. Mit dem zurückgegliederten Landesteil ist auch über eine Million des Rumänentums zurückgekehrt.

Ungarn, Székler, Sachsen und Rumänen haben Jahrhunderte hindurch in diesem Lande zusammen gelebt. Für alle von ihnen ist dieser Boden „das Vaterland“. Ich betrachte nur jene als Ausnahmen, die es seit dem 30. August des Jahres 1940 als „neues Vaterland“ ansehen. Gewiss, jene, die seit Jahrhunderten hier zusammen lebten, erwachten nicht in einem neuen Vaterland und wir, die wir diesen 22 jährigen kurzen Moment der Geschichte nicht hier verbrachten, kamen nicht in ein neues Vaterland zurück.

Die Nationalitäten werden wir mit grösstem Wohlwollen behandeln und leiten, wie eine gute, strenge Mutter. Das Wesen der Nationalitätenfrage erblicke ich nicht in der Theorie, sondern in der Praxis, das Wesen der Verwaltung in der unmittel-

baren Berührung mit den Menschen. Hiezu bedarf es in erster Reihe, dass die Verwaltungsbeamten und überhaupt die Leiter die Sprache des Volkes sprechen und soziales Empfinden haben. Alldies werde ich im Auge behalten. Wir haben auch internationale Verpflichtungen übernommen, jedermann gleichmässig zu behandeln.

Dessen hat es gar nicht besonders bedurft, weil dies auch der Standpunkt der ungarischen Regierung ist. Ich will nur noch im Zusammenhang hiemit das eine bemerken: die Armen, Unterdrückten müssen – wie in jeder Gesellschaft – von den Leitern, von der Regierung und der Gesellschaft besonders gestützt werden. In den verflossenen 20 Jahren waren es jedoch die Ungarn, bei denen es grosse Massen der Heimgesuchten gab, materiell und geistig gleichermassen.

Das deutsche Schulwesen in einem neuen Entwicklungsabschnitt.

„Auf dem Wege zu der neuen deutschen Schule“ betitelt sich ein Aufsatz im S. D. T., in welchem Schulrat Gustav Rösler von den Erleichterungen spricht, die durch die letzten Verfügungen dem deutschen Schulwesen eingeräumt wurden. Es sind dies Massnahmen, die einerseits von dem guten Willen des neuen Regimes zeugen und andererseits die Drosselung der deutschen Schulerziehung starkt mildert. Durch diese Verfügungen und jene, die ihnen hoffentlich noch folgen, wird das Recht anerkannt, „die Kinder des deutschen Volkes in einer freien öffentlichen Schule auf arteigene Weise gemäss den Idealen des deutschen Volkes zu erziehen.“

Als eine der Neuerungen, wurde festgelegt, dass der Unterricht der rumänischen Sprache zwar auch in der Zukunft in der 3. Volksklasse zu beginnen hat, doch ist er in der 3. und 4. Klasse nur als Konversation in je zwei Wochenstunden zu erteilen. Im Kindergarten entfällt die rumänische Konversation.

Die Geschichte und Erdkunde Rumäniens wird nicht mehr in rumänischer, sondern in der deutschen Muttersprache unterrichtet.

Der Unterricht der französischen Sprache ist aus den ersten vier Klassen des Lyzeums ausgeschaltet worden. Über-

gangsweise wird im Schuljahr 1940 bis 1941 in der 3. und 4. Klasse noch je eine Stunde in der Woche französischer Unterricht erteilt, vom Schuljahr 1942–43 an wird er erst in der 5. Klasse beginnen oder vielleicht durch eine andere moderne Sprache ersetzt werden. Die 8. Klasse hat ebenfalls keinen französischen Unterricht.

In den Seminaren ist, sowohl die französische wie auch die lateinische Sprache von diesem Schuljahr an nicht mehr Unterrichtsgegenstand. Die damit gewonnenen Unterrichtsstunden werden zur Vermehrung der bisher sehr gekürzten Unterrichtszeit für deutsche Sprache verwendet, für die Erhöhung der Stundenzahl in Gegenständen, die bisher zu wenig bedacht waren, und schliesslich zur Herabminderung der ohnehin zu hohen Stundenzahlen.

Ein weiterer Schritt ist die Genehmigung, dass den Deutschen die eigene Lehrplangestaltung im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen der Schulgesetze zugestanden worden ist. Das Bakkalaureat wird in deutscher Sprache von Prüfungskommissionen abgenommen, die aus eigenen Professoren gebildet werden. An deutschen Lyzeen können wieder Privatschüler aufgenommen, sowie Privat- und Differenzprüfungen abgehalten werden.

Die deutschen Hochschüler, die an Universitäten im Reich studierten und dort die Jahresprüfungen ablegten, können in das folgende Studienjahr einer heimischen Universität ohne weiteres aufgenommen werden. Darüber hinaus wird das an einer deutschen Hochschule erworbene Doktorsdiplom ohne jede weitere Prüfung und ohne Zahlung irgendeiner Taxe gleichgestellt. Diese Regelung ermöglicht nun wieder den Besuch deutscher Universitäten für alle deutschen Studierenden.

Den Lehramtskandidaten, die an konfessionellen Schulen unterrichten wollen, ist die Erleichterung eingeräumt worden, die Befähigungsprüfung, die bisher mit den grössten Schwierigkeiten verbunden war, vor einer besonderen Kommission abzulegen, der auch zwei eigene Professoren angehören. Die Kandidaten können sich bei der Prüfung aushilfsweise auch der deutschen Sprache bedienen.

Diese Neuordnungen – schreibt Schulrat Rösler, berechtigten dazu, vom „Wege zu der deutschen Schule“ zu sprechen. Die ersten Schritte sind getan. Es werden die weiteren folgen,

denn es war, ist und bleibt unser Ziel, die volle Wiederherstellung unseres deutschen Schulwesens auf autonomer Grundlage. Dazu gehört auch, dass der Staat uns ausreichende Mittel für Erhaltung und Ausbau unserer deutschen Schule zur Verfügung stellt, auf die wir unbestreitbaren Rechtsanspruch haben."

Deutsche Volksgruppe unterstützt die neue Staatsführung.

Der Volksgruppenführer richtet folgenden Aufruf an die deutsche Volksgruppe in Rumänien :

Die Einstellung der deutschen Volksgruppe zum rumänischen Staat ist durch die Tatsache bestimmt, dass sich Rumänien unter der Legionärregime restlos in das von Deutschland geführte politische System eingegliedert hat. Die Wiederaufrichtung und Festigung des Landes liegt im gemeinsamen deutschen und rumänischen Interesse. Daher ist es die Pflicht unserer Volksgruppe, die rumänische Staatsführung in ihrer schweren Aufgabe mit allen Kräften zu unterstützen.

Die deutsche Volksgruppe übernimmt im vollen Bewusstsein ihrer gesamt-deutschen Verantwortung die selbstverständliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staate. Ich habe in einer Unterredung mit dem Staatsführer und Ministerpräsidenten, General Ion Antonescu die Grundsätze der Mitarbeit unserer Volksgruppe im Staate festgelegt. Der Staatsführer wird dafür sorgen, dass den Angehörigen der deutschen Volksgruppe von seiten der rumänischen Stellen eine Behandlung zuteil wird, wie sie ihnen als Deutschen zukommt. Dies gilt besonders für die Behandlung der Deutschen in der rumänischen Armee, wo bisher die deutschfeindliche Einstellung des früheren Regimes in Demütigungen unserer Volksgenossen durch militärische Organe zum Ausdruck kam. Die Staatsführung hat sich ein Programm der Neuaufrichtung und des Wiederaufbaues des durch eine volksfeindliche Führung geschädigten Landes gestellt, jedoch können nicht alle in zwei Jahrzehnten dem Lande zugefügten Schäden in wenigen Tagen gutgemacht und die Erziehung der Massen und der untergeordneten Organe zu einer deutschfreundlichen Haltung mit einem Schlag durchgeführt werden.

Der Staatsführer ordnete in einer Verfügung an die Armee an, die Deutschen so zu behandeln, wie es den freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Volk und den gemeinsamen Zielen entspricht. Er verfügte ausserdem eine Amnestie für jene Volksgenossen, die infolge der ungeklärten Lage ihrer Militärdienstpflicht sowie den Anforderungen bei den Requirierungen nicht nachgekommen sind.

Ich habe angeordnet, dass alle Volksgenossen, die einen Stellungsbefehl erhalten haben, sich sofort zur Dienstleistung zu stellen haben. Die Dienststellen der Volksgruppe sind verpflichtet, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen, und die Volksgenossen darüber aufzuklären, dass sie im Interesse einer höheren Ordnung selbst ein Opfer zu bringen haben, und dass ihre Stellung als Deutsche im Heer geachtet werden wird.

Die höheren Interessen unserer Zeit fordern von uns Disziplin einem Staate gegenüber, der für immer an der Seite Deutschlands stehen wird.

Andreas Schmidt
Volksgruppenleiter

Zwei Bürgermeister- und zehn Vizebürgermeisterposten für die deutsche Volksgruppe in Rumänien.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Führung der deutschen Volksgruppe in Rumänien hatte der Volksgruppenführer Andreas Schmidt vergangenen Montag in Bukarest mit dem Vizepräsidenten des Ministerrates und Kommandanten der Legionärsbewegung Horia Simă und dem Generalsekretär im Innenministerium Dr. Biriş Unterredungen über die Frage der deutschen Bürgermeister in den Städten Siebenbürgens und des Banats. Auf Grund dieser Unterredung wurden der deutschen Volksgruppe in Rumänien die Bürgermeisterposten in Hermannstadt und Mediasch, sowie die Vizebürgermeisterstellen in Kronstadt, Schäsburg, Temesvar, Arad, Resica, Karansebes, Orsova, Lippa, Lugos und Oravica zugesprochen.

Decret-lege pentru ratificarea tratatului între România și Bulgaria, semnat la Craiova la 7 Sept. 1940.

Traité entre la Roumanie et la Bulgarie.

Sa Majesté le Roi de Roumanie d'une part, et
Sa Majesté le Roi des Bulgares d'autre part, animés du
désir de régler dans un esprit de compréhension mutuelle toutes
les questions ayant trait aux rapports entre les deux États
et de créer les bases positives en vue d'une collaboration amicale
entre Leurs peuples, en contribuant ainsi au raffermissement
de la paix en Europe sud-orientale ;

Ont résolu de conclure un Traité à ces fins et ont désigné
pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

Sa Majesté le Roi de Roumanie :

Monsieur *Alexandre Cretzianu*, Ministre Plénipotentiaire ;
Monsieur *Henri Georges Meitani*, Conseiller Juridique au-
près du Ministère Royal des Affaires Étrangères de Roumanie ;

Sa Majesté le Roi des Bulgares :

Monsieur *Svetoslav Pomenov*, Ministre Plénipotentiaire ;
Monsieur *Theokhar Papazoff*, Juge ad-hoc à la Cour Per-
manente de Justice Internationale ;

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés
en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article I.

Dans la secteur compris entre le Danube et la Mer Noire,
la frontière entre la Bulgarie et la Roumanie sera désormais
établie de manière à suivre le tracé indiqué dans le Protocole
annexé au présent article (Annexe A.). Ce Protocole fait partie
intégrante du présent Traité.

Les modalités de mise en application du présent article
font l'objet d'un accord spécial entre les Hautes Parties Con-
tractantes (Annexe B.).

Article II.

Sur base du Présent Traité, les Hautes Parties Con-
tractantes déclarent solennellement la frontière établie entre elles
comme étant définitive et perpétuelle.

Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage par
conséquent à ne jamais formuler de prétention d'ordre territorial
contre l'autre Haute Partie Contractante.

Article III.

Les Hautes Parties Contractantes sont d'accord pour pro-
céder dans un délai de trois mois à partir de l'échange des
instruments de ratification du présent Traité, à l'échange obli-

gatoire entre les ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare des départements de Tulcea et de Constantza (ce dernier dans sa délimitation antérieure au 14 juin 1925) et les ressortissants roumains d'origine ethnique roumaine des départements de Durostor et de Caliacra.

En ce qui concerne les ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare et les ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine des autres régions de la Roumanie et de la Bulgarie, l'immigration dans leur pays d'affinité ethnique reste facultative, dans un délai d'un an à partir de l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Toutefois il est entendu que le Gouvernement Roumain pourra décréter l'émigration obligatoire en Bulgarie d'un nombre de ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare égal à celui des ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine, qui auraient exercé leur faculté d'émigrer conformément à l'alinéa précédent, — le Gouvernement Bulgare s'engageant à recevoir sur son territoire les dits ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare.

Réciproquement, le Gouvernement Bulgare pourra décréter l'émigration obligatoire en Roumanie d'un nombre de ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine égal à celui des ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare qui auraient exercé leur faculté d'émigrer conformément à l'alinéa deux du présent article, — le Gouvernement Roumain s'engageant à les recevoir sur son territoire.

Les questions techniques relatives au transfert de populations font l'objet d'un Accord spécial entre les Hautes Parties Contractantes (Annexe C.).

Article IV.

Les questions d'ordre financier dérivant du présent Traité font l'objet d'un Accord spécial entre les Hautes Parties Contractantes (Annexe D.).

Article V.

Les biens ruraux — propriétés bâties et non-bâties — situés dans les Départements de Durostor et de Caliacra (dans leur délimitation antérieure au 14 juin 1925), acquis selon les lois roumaines et appartenant à tous les Roumains qui ne sont pas compris dans le transfert de populations, pourront être volontairement et librement liquidés par leurs propriétaires, sans entrave résultant des dispositions législatives ou administratives bulgares, dans un délai de 18 mois à partir de l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Après ce délai, les autorités bulgares pourront exproprier ces propriétés, contre une juste et préalable indemnité, établie d'après les évaluations faites par la Commission Mixte pour l'échange des populations.

Article VI.

Il est créé une Commission Mixte composée de trois membres roumains et trois membres bulgares à laquelle seront déferées toutes les questions relatives à l'application du présent Traité pour la solution desquelles n'aurait pas été prévue une procédure spéciale.

La dite Commission aura son siège à Giurgiu et se réunira dans un délai de trois jours après l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Si la Commission Mixte n'arrivait pas à trouver la solution d'une question dans un délai de 10 jours à partir du moment où elle en aurait été saisie, ladite question sera soumise, à la demande de l'une des Délégations à la Commission Mixte, aux deux Gouvernements, pour être résolue par la voie diplomatique.

Si dans un nouveau délai de deux mois à partir du moment où l'un des deux Gouvernements aura été saisi par sa Délégation à la Commission Mixte, les pourparlers par la voie diplomatique n'aboutissaient pas à un Accord, le différend sera soumis à l'arbitrage.

Chacune des Hautes Parties Contractantes désignera un arbitre. Les deux arbitres se mettront d'accord pour la désignation d'un sur-arbitre.

En cas de désaccord, le choix du sur-arbitre sera confié à une Puissance tierce désignée de commun accord par les Hautes Parties Contractantes.

Article VII.

Le présent Traité sera ratifié. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Bucarest jusqu'au 15 septembre 1940 au plus tard.

Fait à Craiova le sept Septembre 1940 en double exemplaire.

Pour la Roumanie :

AL. CRETZIANU.

HENRI GEORGES MEITANI.

Pour la Bulgarie :

S. POMENOV.

TH. PAPAHOFF.

Preluarea de către Stat a bunurilor rurale evreești.

În ziua de 7 Octombrie s'a executat în toată țara preluarea de către Stat a bunurilor rurale evreești expropriate prin recentul Decret de expropriere. S'au luat măsurile ca aceste operațiuni să decurgă în cea mai perfectă ordine.

Autoritățile județene și polițiile legionare au concurat la buna reușită a acestei vaste lucrări.

D. Corneliu Georgescu, Subsecretar de Stat al colonizării și populației evacuate, a dat toate instrucțiunile organelor în subordine.

Cu privire la ordinea și disciplina care trebuie să însoțească acțiunea de preluare, Subsecretariatul colonizărilor a comunicat într'o circulară adresată prefectilor următoarele :

„Împreună cu organele Dvs. administrative, polițienești și jandarmerești și cu concursul poliției legionare, veți lua toate măsurile ca populația să nu se agite pe chestiunea exproprierei acestor bunuri, să nu caute să pună stăpânire pe ele sau să se atingă de persoana proprietarilor expropiați. Măsura luării în posesie, trebuie executată cu multă energie, dar și cu multă demnitate. Se demonstrăm că Statul Legionar își ia în primire, ca stăpân, drepturile cari i-au fost furate, deci cei cari procedează la luarea în primire să fie pătruși de gravitatea și solemnitatea clipei. În această zi de 7 Octomvrie, pornim cu pași hotărâți spre realizarea unei frânturi din visul Căpitanului. Glia românească robită, adăpată din plin cu sânge legionar, tresaltă de bucurie. Se scutură de jugul asupritorului străin. Fiți mândri deci, și gravi !

Cei însărcinați cu luarea în primire să muncească cu sârg, ca albina, ajutați de autorități. Legionarii să serbeze acest început de biruință cântând, încolonați, în aspră disciplină, gata de a interveni deîndată față de oricine ar căuta să turbure solemnitatea clipei.

Să știe toți, și legionari și nelegionari, că bunurile expropriate sunt proprietatea Statului. A te atinge de ele înseamnă a jefui Statul Legionar de drepturile lui. Statul va avea grije ca să distribue, după planul stabilit, aceste bunuri, celor pe cari îi va afla mai îndreptățiți”.

Contractele de arendare către evrei a terenurilor proprietatea neevreilor, s'au anulat prin efectul legii. Proprietarii să procedeze de urgență la luarea în primire și la efectuarea lucrărilor agricole necesare, altfel se vor expune să fie scoși din posesiunea bunurilor pe cari până acum le-au lăsat pe mâini străine, iar acum le-ar lăsa în nelucrare, păgubind economia națională.

În Statul Legionar, nimeni nu are dreptul la existență decât acel care muncește și nimeni nu are drept la posesie, decât acel care produce.

Atragem serios atenția asupra consecințelor grave pe care le-ar avea lipsa de activitate în acest domeniu, care interesează așa de profund economia națională.

Toate terenurile rurale evreești au fost lovite de indisponibilitate prin art. 11 din Legea publicată în Monitorul Oficial

No. 103 din 9 August 1940. Instrăinarea acestor bunuri nu s'a putut face în mod valabil, decât prin exercitarea dreptului de preemțiune al ministerului agriculturii. Orice instrăinare făcută împotriva dispozițiilor legii de mai sus, cât și împotriva legii pentru exproprierea bunurilor rurale, este nulă.

Toți românii sunt rugați să semnaleze Prefecturilor de județe sau Subsecretariatului de Stat al colonizării și populației evacuate, orice abatere sau scăpări din vedere cari, împotriva dispozițiilor Decretului pentru expropriere, ar fi dus la ne luarea de către organele însărcinate de noi, a vre-unei proprietăți evreești. Ni se vor arăta, în aceste cazuri: numele proprietarului, locul și suprafața terenului nepreluat.

Situația evreilor în învățământ.

Situația evreilor în învățământul de toate gradele a fost stabilită, printr'o decizie a ministerului educației, astfel:

Învățământul primar.

În școlile primare de stat pot fi înscriși fiii ai evreilor de categoria II a decretului-lege privitor la starea juridică a evreilor, în limita locurilor disponibile, după înscrierea tuturor elevilor creștini.

Comunitățile evreești pot înființa, cu aprobarea și controlul ministerului, grădini de copii și școli primare confesionale. Înființarea și funcționarea acestor școli se va face după prevederile legii învățământului particular și ale unui regulament special. La școlile întreținute de comunitățile religioase pot funcționa învățători evrei, cu calificare legală, autorizați de ministerul educației naționale. Limba română, istoria și geografia trebuie să fie predate de învățători români numiți de minister și plătiți de comunitate.

Pentru pregătirea personalului didactic evreesc, se vor înființa și întreține de către comunități școlile normale necesare, cu profesori români, afară de cei de religie și limba ebraică.

Înființarea și funcționarea acestor școli normale vor fi stabilite în regulamentul special. Manualele vor fi cele oficiale, aprobate de ministerul educației naționale. Când se va simți nevoia unor adaptări speciale, ele vor fi supuse spre aprobare ministerului, iar cheltuelile necesitate de eventuale modificări vor fi suportate de comunitate.

Învățământul secundar.

În învățământul secundar de stat — licee și gimnazii — se înscriu întâi elevii români creștini, în ordinea prevăzută de lege, apoi elevii evrei din categoria II a decretului-lege privitor la statutul evreilor și, dacă mai rămân locuri libere, pot fi înscriși

evreii din celelalte categorii Cei din categoria I și III vor fi suși la taxe speciale, fixate de comitetul școlar.

În nici un caz procentul total al evreilor nu poate depăși procentul de 6 % pe clasă.

În liceele model pe ținut, în liceele de aplicație ale școlilor normale superioare, precum și în orice altă școală secundară cu caracter special nu pot fi înscriși elevi evrei.

Dispozițiile art. 6 se aplică și școlilor particulare românești, cu excepția școlilor particulare confesionale creștine, care nu pot înscrie, sub nici un cuvânt, elevi evrei.

Pentru elevii evrei, cari nu au putut fi înscriși în școlile prevăzute mai sus, se vor putea înființa licee și gimnazii susținute de comunitățile respective, în condițiunile legii învățământului particular și după prevederile regulamentului special.

În aceste școli corpul didactic poate fi evreu, cu precădere pentru profesorii cari au servit în învățământul de stat și pentru cei din categoria II a decretului-lege privitor la statutul evreilor.

Ei trebuie să aibă calificarea legală și să fie recomandați de comunitatea susținătoare a școlii pentru a obține autorizația ministerului educației naționale.

În școlile secundare evrești materiile de disciplină națională – limba română, istoria, geografia, dreptul – vor fi predate de profesori români numiți de ministerul educației naționale.

Nici una din aceste școli nu are drept de publicitate. Se vor revizui toate autorizațiile acordate până în prezent.

Corpul profesoral, prevăzut la art. 10, se va recruta prin examen special de capacitate, la care pot fi înscriși licențiații evrei ai facultăților de litere și științe, cu o practică pedagogică de doi ani, pe lângă profesori desemnați de ministerul educației naționale.

Până la epuizarea tablourilor de capacitate existente, se vor numi în ordinea lor, profesorii de pe aceste tablouri.

Directorii pot fi propuși de comunități dintre profesori evrei dela categoria II, pentru a li se acorda autorizația cuvenită.

Înlocuirea directorilor se face numai de ministerul educației naționale.

Manualele vor fi numai cele aprobate pentru învățământul de Stat.

În învățământul de Stat sau particular, de orice categorie și de orice grad, nu sunt îngăduite manuale de autori evrei, singuri sau în colaborare cu creștini, precum nici cărți, caete, tablouri sau orice fel de material didactic alcătuit sau editat de evrei, singuri, în colaborare sau în tovărășie. Actualele manuale tipărite de editori evrei sunt îngăduite, până la epuizarea stocului ediției existente.

Elevii evrei înscriși anul acesta (1940 – 1941) în clasele de bacalaureat pot continua, în proporția de 6 %, în ordinea mediilor.

Pe viitor se vor aplica normele generale din această decizie.

Învățământul profesional.

În școli profesionale (de Stat sau particulare) nu se admit elevi evrei. Elevii evrei înscriși în prezent în școlile profesionale (cl. II., III., IV. și VI., VII., VIII.) vor putea urma cursurile până la terminarea ciclului în care se găsesc.

Cei rămași repetenți nu pot fi reînscriși.

La examenele particulare, pentru elevii pregătiți în familie, de curs primar și secundar teoretic, se pot înscrie elevi evrei în proporție de 6 %.

La aceleași examene pentru cursul comercial pot fi înscriși elevi evrei până la proporția de 6 % din numărul total pe clasă cu precăderea evreilor din categoria II-a a decretului-lege.

Învățământul superior.

În învățământul superior de orice categorie, numărul studenților evrei va fi stabilit de minister în fiecare an pentru fiecare facultate sau școală superioară, fără a putea depăși procentul de 6 % din numărul tuturor studenților români înscriși la fiecare facultate. Acest procent privește exclusiv pe evreii din categoria II. a decretului-lege privitor la statutul evreilor. Evreii din celelalte categorii nu sunt admiși în învățământul superior decât în cazuri de valoare deosebită stabilită prin concurs, atunci când procentul de 6 % al celor din categoria II. n'a fost atins.

Accesul studenților evrei în laboratoare și săli de disecții, va fi îngăduit numai pe baza unei recomandări speciale a profesorului respectiv, în limita locurilor disponibile și a proporției de 6 %.

În cazuri excepționale de valoare științifică, evreii studenți din celelalte categorii, pot fi îngăduiți a-și continua activitatea lor. În cazul acesta, profesorii laboratoarelor și seminariilor, vor face ministerului un raport motivat, care după ce va fi supus senatului și universității respective, va fi aprobat de minister și publicat în Buletinul ministerului. Aceste aprobări vor fi reînnoite, potrivit activității științifice dovedite, din trei în trei ani.

Dispoziții finale.

Limba română este limba de predare în toate școlile confesionale de rit mozaic.

Personalul didactic și ajutător din învățământul de orice ordin și categorie este supus dispozițiilor cuprinse în decretul-lege privitor la statutul evreilor și normelor speciale cuprinse în prezenta decizie.

Cei cari vor fi îndepărtați din învățământul de Stat, vor fi recomandați obligator învățământului susținut de comunitățile evreești pentru încadrarea lor în posturi corespunzătoare.

Director, girant răspunzător și proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj

în anul al 500-lea dela inventarea tiparului.